

Forum

Jan Sändig/Annette Schramm

Protest und Widerstand gegen Großinvestitionen im Globalen Süden

In vielen Ländern des Globalen Südens nehmen ausländische Großinvestitionen in Land und natürliche Ressourcen seit dem frühen 2000er Jahren zu. Diese Investitionen haben – u. a. durch Land Grabbing – häufig negative soziale Folgen, gegen die vielerorts Proteste lokaler Gemeinden und zivilgesellschaftlicher Akteure entstehen. Trotz der hohen Relevanz und Aktualität des Themas hat sich die Friedens- und Konfliktforschung hiermit noch kaum beschäftigt. Es fehlen gesicherte Erkenntnisse zu den Ursachen und Dynamiken solcher Proteste, aber auch die Rolle von Rechtsnormen als Möglichkeit und Hindernis zur Mobilisierung wurde bislang weitgehend vernachlässigt. In diesem Forumsbeitrag fassen wir die Ergebnisse einer Tagung zusammen, die diese Forschungslücken adressierte und die wir im November 2015 am Sonderforschungsbereich »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923) an der Universität Tübingen veranstalteten.

Schlagworte: *Landgrabbing, Investitionen, Protest, Widerstand, Recht*

1. Einleitung

Seit einigen Jahren lässt sich im Globalen Süden ein regelrechter Investitionsboom in den Bereichen Land und natürliche Ressourcen beobachten. Die ausländischen Direktinvestitionen in dieser Region sind von 2000 bis 2014 stark gestiegen: Von 13 Milliarden auf 136 Milliarden US-Dollar pro Jahr (World Bank 2016).¹ In diesen zunehmenden Investitionen sieht u. a. die Weltbank aufgrund von neuen Erwerbsmöglichkeiten und Technologietransfer eine Entwicklungschance. Vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen betonen jedoch Risiken. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass Investitionen in Land und in die Extraktion natürlicher Ressourcen häufig

¹ Diese Daten umfassen Länder, die 2014 ein Bruttonationaleinkommen unterhalb von 4125 US-Dollar hatten (laut Weltbank-Klassifikation: »low income economies« und »lower middle income economies«).

mit einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung einhergehen. Vielerorts wehren sich lokale Gemeinden daher gegen extraktive Industrien, Landnahmen (*Landgrabbing*) und auch Umweltschutzvorhaben, die ihr soziales Zusammenleben bedrohen und ihre Rechte verletzen: In Madagaskar z. B. gelang es DemonstrantInnen 2009, die Regierung zu stürzen, nachdem diese riesige Landflächen an einen koreanischen Konzern verpachtet hatte (Vinciguerra 2013). In Brasilien leisten AktivistInnen Widerstand gegen extraktive Industrien, die wie unlängst das Minenunglück am Rio Doce dramatische Umweltzerstörung zur Folge haben können (Barbosa 2013). In Indonesien schließlich protestieren lokale LandwirtInnen und UmweltschützerInnen gegen die großflächige Abholzung des Regenwaldes zur Gewinnung von Produktionsflächen für Palmöl (Pye 2010). Diese lokalen Proteste werden vielfach von transnational operierenden zivilgesellschaftlichen Bündnissen unterstützt. Darunter befinden sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wie z. B. Oxfam und *Action Aid*, sowie die Mitte der 1990er Jahre entstandene transnationale Bewegung für Ernährungssouveränität. Gemeinsam kritisieren sie die ungebremste neoliberalen Globalisierung, *Landgrabbing* und Ressourcenplünderung und treten für gerechte Entwicklung ein.

Die Friedens- und Konfliktforschung und dabei insbesondere die Forschung zu sozialen Bewegungen hat diese Thematik bisher vernachlässigt. Der derzeitige Forschungsboom zu *Landgrabbing*, das als Problem seit 2008 bekannt geworden ist (GRAIN 2008), ging an dem Forschungsfeld größtenteils vorbei. Mit dem hier behandelten Phänomen hat sich bislang hauptsächlich ein Netzwerk von kritischen ForscherInnen befasst, die mit Ansätzen der politischen Ökologie oder politischen Ökonomie arbeiten und dabei zumeist ethnographische Methoden anwenden. Die vor allem im *Journal of Peasant Studies* geführte Forschungsdebatte hat bereits erkenntnisreiche Studien zu den Ursachen, diskursiven Konstruktionen und sozialen sowie wirtschaftlichen Folgen solcher großflächigen Investitionen hervorgebracht (Schutter 2011; White et al. 2012; Dietz et al. 2015). Auch Proteste und Widerstand gegen Land- oder Ressourcendeals sind bereits Gegenstand der Forschung geworden, sowohl mit Fokus auf lokalen Protesten (Borras/Franco 2013; Hall et al. 2015), als auch im Hinblick auf die Aktivitäten und Strukturen auf der transnationalen Ebene (Borras et al. 2008; Desmarais 2007; McKeon 2013). Da es sich um ein sehr junges Forschungsfeld handelt, war die Vorgehensweise bisher stark induktiv und verfolgte das Ziel, erste Bestandsaufnahmen vorzunehmen. Der Großteil der ForscherInnen ist zudem selbst als AktivistInnen engagiert und hat folglich eine stark präskriptive Perspektive. Es fehlen jedoch noch weitgehend Studien, die Proteste vergleichend untersuchen, dabei stärker theoriegeleitet vorgehen und eine größere kritische Distanz zu den Betroffenen und AktivistInnen netzwerken haben. Die für die Friedens- und Konfliktforschung zentralen Fragen, warum es in manchen Fällen

solcher Investitionen zu Protesten kommt (wohingegen diese in anderen Fällen ausbleiben) und warum solche Proteste unterschiedliche Formen und Verläufe annehmen, wurden bisher noch nicht überzeugend beantwortet.

Um dieses Forschungslücke zu adressieren, veranstalteten wir am Sonderforschungsbereich »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923) vom 27.-28. November 2015 eine zweitägigen Tagung mit dem Titel *Protest over Investment Projects in Land and Natural Resources* an der Universität Tübingen.² Die Tagung fand im Rahmen einer Workshop-Serie des Anfang 2015 gegründeten Arbeitskreises »Natur – Ressourcen – Konflikte« der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) statt (siehe auch Hennings/Prause 2015). Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zielt diese Veranstaltungsreihe auch besonders auf die Vernetzung von NachwuchswissenschaftlerInnen ab. Die Tagung brachte so junge ForscherInnen aus Politikwissenschaft, Ethnologie und Rechtswissenschaften zusammen. Im Zentrum der Tagung standen Fragen nach den Ursachen und Verlaufsformen von Protesten, ihren Rückwirkungen auf lokale Gemeinden und der Interaktion zwischen verschiedenen Ebenen (lokal-national-transnational). Darüber hinaus wurden diskursive Konstruktionen von Investitionen und Protesten, rechtliche Rahmenbedingungen und verschiedene methodische Zugänge diskutiert.

In diesem Forumsbeitrag skizzieren wir den Forschungsstand und betten die Ergebnisse der Tagung in das Forschungsfeld ein. Dabei betrachten wir zunächst Erklärungsfaktoren für die Entstehung und Dynamiken von Protesten. Im darauffolgenden Teil gehen wir auf die Rolle des Rechts und dabei insbesondere des Völkerrechts für solche Proteste ein. Abschließend geben wir vor dem Hintergrund der Tagungsergebnisse einen Ausblick für die weitere Forschung zum Thema.

2. Formen, Ursachen und Dynamiken von Protesten gegen Großinvestitionen

Die bisherige Forschung zu Protesten gegen Investitionen in Land und natürliche Ressourcen³ zeigt, dass Konflikte vor allem entlang von drei Akteurslinien verlau-

- 2 Die Tagung stand zudem in engem Zusammenhang mit unserem Forschungsprojekt am SFB 923, siehe die AutorInneninformationen am Ende des Beitrags. Für die großzügige finanzielle Unterstützung zur Organisation der Tagung möchten wir uns bei der DFG und dem Universitätsbund Tübingen e. V. bedanken.
- 3 Diese Literatur zu *Land and Resource Grabbing* unterscheidet sich von der Forschung zum »Ressourcenfluch« und zu *Foreign Direct Investment* (FDI). Im Gegensatz zur »Ressourcenfluch«-Literatur rücken nun anstelle »klassischer« natürlicher Ressourcen (wie Öl, Gas, Diamanten) auch andere Mineralien und Landeignung für Agrarproduktion, Umweltschutz und Tourismus in den Blick. Außerdem liegt der Schwerpunkt eher bei gewaltfreien und begrenzt gewaltlosen Protesten anstatt bei bewaffneten Konflikte und Bürgerkriegen. Dieses neue Forschungsfeld ist zudem spezifischer als die Literatur zu FDI, da nur Großinvestitionen (etwa ab 200 Hektar) untersucht werden.

fen (Borras/Franco 2013: 1730-1732): Konflikte innerhalb lokaler Gemeinden, Konflikte zwischen GemeindevertreterInnen und Unternehmen und Konflikte zwischen GemeindevertreterInnen und staatlichen Akteuren. Dabei reagieren lokale Gemeinden selten einheitlich: Während manche sich für die Investitionsvorhaben aussprechen, sind andere dagegen oder bleiben neutral. Diese Spaltung verläuft häufig entlang sozialer Differenzkategorien, wie z. B. Klasse, Generation, Ethnizität oder Geschlecht (Hall et al. 2015: 472; Gilfoy 2015). Eine wesentliche Erklärung für Nicht-Protest könnte dementsprechend darin bestehen, dass die Gruppe der InvestitionsgegnerInnen innerhalb einer Gemeinde zu klein ausfällt oder über zu wenig Ressourcen und Einfluss verfügt, um für kollektives Handeln zu mobilisieren. Auch könnten unterschiedliche Konfliktverläufe von der Herkunft der beteiligten Unternehmen oder vom Ausmaß externer Unterstützung für lokalen Protest beeinflusst werden (GRAIN et al. 2014: 60). Diese Annahmen wurden in der bestehenden Literatur kaum überprüft. Überhaupt fehlen vergleichende Untersuchungen, die generalisierte Erklärungen über Protest und Nicht-Protest geben (wie auch kritisiert von Cotula et al. 2014: 905).

Erste vergleichende Untersuchungen zu Konflikten und Protesten im Bereich Land und natürliche Ressourcen wurden bei der Tübinger Tagung von Tobias Ide (Georg Eckert Institut, Braunschweig) und Tim Wegenast (gemeinsames Arbeitspapier mit Gerald Schneider, Universität Konstanz) vorgestellt. Tobias Ide hat in seiner Studie 20 Fälle aus dem Globalen Süden mittels *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) untersucht, um Bedingungen zu identifizieren, unter denen Konflikte um knappe natürliche Ressourcen in Gewalt eskalieren (Ide 2015). Dabei zeigt sich, dass eine Kombination aus Feindbildern (negatives *Othering*), relativer Machtasymmetrie zwischen den Konfliktparteien und politischem Wandel die Eskalation dieser Konflikte in Gewalt erklärt. Die Aneignung knapper Ressourcen durch externe oder lokale Investoren oder staatliche Akteure spielt laut den Ergebnissen von Tobias Ide für das Risiko der Gewalteskalation keine Rolle. Dieser Befund ist bemerkenswert vor dem Hintergrund der gängigen Annahme, dass externe Ressourcenanwendung ein Anlass für besonders radikale und potenziell gewaltsame Proteste lokaler Gemeinden ist. Erste Ergebnisse der von Tim Wegenast vorgestellten Studie bestätigen wiederum diese gängige Annahme. Mittels der quantitativen Methode *Geographic Information System* (GIS) untersuchen er und Gerald Schneider, wie Unterschiede in der Eigentümerschaft zwischen nationalen und internationalen Unternehmen bei Goldminen in Subsahara-Afrika auf die Wahrscheinlichkeit lokaler Proteste wirken. Den Ergebnissen zufolge kommt es bei Goldminen, die von internationalen anstelle von nationalen Unternehmen betrieben werden, tatsächlich eher zu Protesten (sowohl friedliche Demonstrationen als auch gewaltsame Auseinan-

dersetzung). Diese Befunde deuten auf die Relevanz, aber auch den weiteren Forschungsbedarf zur Rolle der Herkunft investierender Akteure für lokales Protestverhalten hin.

Konflikte, Proteste und Widerstand um Investitionsprojekte stehen in engem Zusammenhang mit der Frage, ob die Investitionen und ihre Beschlussverfahren von der lokalen Bevölkerung als legitim und partizipativ wahrgenommen werden. Ist Legitimität und Partizipation gegeben, werden lokale Proteste unwahrscheinlicher. Umgekehrt führt gerade fehlende Mitbestimmung und begrenzte Teilhabe am Nutzen von Investitionsprojekten bei der lokalen Bevölkerung zu Unzufriedenheit, aus der heraus Protest und Widerstand entstehen kann. Die bisherige Forschung zeigt, dass Regierungen und internationale Finanzinstitutionen bemüht sind, Legitimität für Investitionen zu erschaffen. Dazu stellen sie Land (unabhängig von den tatsächlichen Nutzungsverhältnissen) oft als »ungenutzt« oder »marginal« dar und argumentieren mit dessen »Entwicklungspotenzial«, um lokale Akzeptanz für Investitionsprojekte zu schaffen (Geisler 2012; Deininger/Byerlee 2011). Diese gängigen Narrative finden sich auch in der bei der Tagung von Johanna Rapp (Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn) vorgestellten Fallstudie zum Bau einer Gas-Pipeline in Ghana wieder. Um das Vorhaben zu legitimieren, verwies die ghanaische Regierung immer wieder auf die Entwicklungschancen durch die Erdgasgewinnung und leistete finanzielle Kompensation an die vom Pipeline-Bau betroffene Bevölkerung. In ihrer quantitativen Untersuchung erfasst Johanna Rapp anhand von über 300 Interviews mit Betroffenen, ob die Regierung das Bauvorhaben erfolgreich legitimieren konnte. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Legitimität der Regierung in den Augen der lokalen Bevölkerung jedoch – unabhängig von der Zahlung oder Höhe von Kompensationen – so niedrig ist, dass nicht von einer erfolgreichen Legitimationsstrategie ausgegangen werden kann. Dass die betroffene Bevölkerung dennoch bisher keine Proteste organisiert hat, verdeutlicht, dass auch schwache Legitimität eines Investitionsvorhabens nicht automatisch Proteste auslöst. In einem von Esther Marijnen (Vrije Universiteit, Brüssel) bei der Tagung vorgestellten Fall, der als *Green Grabbing* betrachtet werden kann, zeigt sich wiederum ein starker Zusammenhang zwischen fehlender Legitimität, relativer Deprivation und Protesten. Sie untersuchte ein Naturschutzvorhaben der Europäischen Kommission im Virunga Nationalpark im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Das Management des Nationalparks ging 2005 in ein Public-private-Partnership (PPP) über. Unter der Kontrolle des Parkdirektors Emmanuel de Merode, Prinz einer der ältesten Königsfamilien Belgiens, wurde der Zugang zum Nationalpark für die in angrenzenden Gebieten lebende Bevölkerung stark begrenzt. Das hatte eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation zur Folge, weshalb sie

die Parkverwaltung seitdem als »Staat im Staat« und als Fortsetzung der Herrschaft der »Weißen« im Kongo wahrnehmen. Das als autoritär, ungerecht und nicht-partizipativ wahrgenommene Vorgehen der Parkverwaltung rief so eine Reihe lokaler Protesten hervor.

Um solchen Widerstand zu organisieren, ist nach gängiger Ansicht aus der Forschung zu sozialen Bewegungen aber auch die Erschließung von Ressourcen zur Organisation von kollektivem Handeln nötig (Edwards/McCarthy 2004). Da sich die meisten lokalen Gruppen, die von großflächigen Investitionen betroffen sind, in einer schwachen Position befinden und kaum über die nötigen Mittel für Proteste verfügen, versuchen sie diese Ressourcen (z. B. Geld, Informationen) häufig durch Allianzen mit externen Akteuren zu gewinnen. Dies bietet zudem die Möglichkeit, Proteste auch auf die transnationale Ebene zu heben und dadurch stärkeren Einfluss auf Investoren und Regierungen auszuüben (Keck/Sikkink 1998; Tarrow 2005). Entsprechende Allianzen bilden lokale Gruppen zumeist mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem Globalen Norden und Organisationen aus der transnationalen Bewegung für Ernährungssouveränität. Letztere ist Mitte der 1990er Jahre aus Unzufriedenheit über die als unsozial wahrgenommene neoliberalen Globalisierung entstanden (Borras et al. 2008). Die Bewegung wird von *La Vía Campesina* angeführt und ist auch als transnationale Bewegung von Kleinbauern und -böuerinnen bekannt, wobei der Begriff »Kleinbauern« sehr breit gefasst wird und auch FischerInnen, ViehzüchterInnen, NomadInnen, Indigene und Landlose umfasst. Gemeinsam beklagen diese Gruppen auf transnationaler Ebene die Verdrängung nachhaltiger lokaler Agrarformen (Agroökologie) durch Großkonzerne (Agro-industrie) und fordern »Ernährungssouveränität«, also den Schutz und die Förderung ihrer Selbstbestimmung und bestehender Agrarmethoden (Alonso-Fradejas et al. 2015). Diese transnationale Bewegung wird wiederum von einer Vielzahl an NGOs aus dem Globalen Norden unterstützt (u. a. aus den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz, Entwicklung und Indigenenrechte).

In vielen Fällen von Protesten gegen Investitionsvorhaben lässt sich solche Kooperation zwischen lokal Betroffenen und der transnationalen Zivilgesellschaft beobachten (Pye 2010; GRAIN et al. 2014). Für die Forschungsmethodik bedeutet dies, dass Proteste auf mehreren Ebenen untersucht werden müssen. Hierzu stellte Louisa Prause (Freie Universität Berlin) in ihrem Vortrag bei der Tagung verschiedene Konzepte zur Erfassung solcher Interaktion vor – darunter *space*, *level* und *scale*. Während Mehrebenenansätze (*level*) klar getrennte und übereinander liegenden Schichten implizieren, bietet sich *scale* vor allem für sozial-konstruktivistische Untersuchungen an. Die Überlegung hierbei ist, dass Skalenzuschreibungen von Akteuren im Protest selbst vorgenommen werden und dabei zugleich Teil des Pro-

testes sein können (Engels 2015). Darüber hinaus hält die Forschung zu sozialen Bewegungen Louisa Pausse zufolge bereits eine Reihe von konzeptionellen und theoretischen Überlegungen parat, die sich auch in Fallstudienarbeit zu Widerstand gegen Investitionsvorhaben heranziehen lassen. Darunter befindet sich zum einen das weitbekannte *Bumerang-Modell* (Keck/Sikkink 1998), demzufolge sich lokale Akteure des Globalen Südens, die mit einer reformunwilligen Regierung konfrontiert sind, NGOs aus dem Globalen Norden als Partner suchen, um über diese indirekt Druck auf ihre Regierung auszuüben. Zum anderen hilft das Konzept *scale shift*, den Wechsel (z. B. von Forderungen und Aktivitäten) von Protestbewegungen zwischen verschiedenen Ebenen zu erfassen (Tarrow 2005: 120-140).

Während also bereits Konzepte zur Erhebung der Interaktion verschiedener Ebenen vorhanden sind, besteht eine weitere Forschungslücke darin, dass die Rückwirkungen der Transnationalisierung von Protesten auf lokale Gruppen noch kaum untersucht wurden. In seiner bei der Tagung vorgestellten ethnologischen Studie betrachtet Philip Gondecki (Universität Bonn) diesen Aspekt am Beispiel der indigenen Gruppe der Waorani in Ecuador (Gondecki 2015). Die Waorani, die seit den 1970er Jahren in ihrem Lebensraum im Amazonas-Tiefland durch Erdölforderung bedroht sind, protestieren seit Jahren gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes und ihrer Kultur. Jedoch hat die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, die Nutzung von Internationalen Organisationen als Foren für Protest und die Medialisierung des Falles die Lebensweisen der Waorani ebenfalls nachhaltig verändert. Transnationalisierung kann daher für lokale Gruppen sowohl eine Chance bieten, einen externen Eingriff in ihr Eigentum und ihre Lebensweisen abzuwehren, sie kann paradoxerweise jedoch auch selbst zur Bedrohung für die protestierende Gruppe werden. Die Fallstudie zeigt, dass Bedarf besteht, solche Rückwirkungen von Protesten und lokal-transnationaler Kooperation in der Forschung zu sozialen Bewegungen und zu Protesten gegen Investitionsvorhaben in Zukunft stärker zu thematisieren. Des Weiteren sollte, wie im Folgenden erläutert wird, der Einfluss des Rechts auf Proteste gegen Großinvestitionen verstärkt untersucht werden.

3. Rolle des Rechts für Proteste gegen Investitionsprojekte

Im Rahmen von Konflikten um großflächige Investitionen berufen sich sowohl die Unternehmen als auch ihre GegnerInnen in vielen Fällen auf bestehendes Recht. Neben nationalem Recht ist das Völkerrecht hier von besonderer Relevanz. Das Völkerrecht bietet auf Basis von bilateralen Abkommen einen starken Schutz für investierende Unternehmen. Diese können bei Nichteinhaltung von Verträgen Schiedsgerichte anrufen und hohe Entschädigungen einklagen (Bernstorff 2012:

13-14). Betroffenen Bevölkerungsgruppen stehen demgegenüber bei der Verletzung ihrer Rechte keine vergleichbaren Klagemöglichkeiten auf internationaler Ebene zur Verfügung. Sie können zwar vor nationalen Gerichten z. B. gegen Enteignung und Vertreibung klagen, doch ist dieser Schutz wenig effektiv. Für Klagen fehlen diesen Gruppen oft die formellen Besitzrechte über das von ihnen genutzte Land sowie Kenntnisse über rechtliche Möglichkeiten. Zudem erfolgt die Rechtsprechung häufig nicht unabhängig und wird dadurch erschwert, dass viele Landdeals in rechtlichen Grauzonen stattfinden. Im Ergebnis sind die Betroffenen vielerorts fast völlig ohne rechtlichen Schutz.

Im Völkerrecht entstehen derzeit aber neue Schutzmöglichkeiten lokaler Bevölkerungsgruppen bei großflächigen Investitionen. Diese völkerrechtlichen Entwicklungen wurden bei der Tagung von drei ReferentInnen erläutert: Roman Herre (Referent für Ernährungssicherheit bei *FoodFirst Information and Action Network*, FIAN), Mônica Weitzel (Universität Bremen) und Yorck Diergarten (Universität Freiburg). Aus Sicht von Roman Herre besteht ein zentraler völkerrechtlicher Schutzmechanismus lokaler Gruppen im Recht auf angemessene Ernährung. Das Menschenrecht auf Nahrung (verankert u. a. im Sozialpakt der UN) verpflichtet Staaten, den Zugang der Bevölkerung zu Land und natürlichen Ressourcen zu respektieren, vor Eingriffen (z. B. durch Unternehmen) zu schützen und schrittweise den Zugang zu verbessern (Golay/Biglino 2013: 1633). Mit der Allgemeinen Bemerkung 12 hat der UN Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte 1999 auch den Zugang zu Land als Kernelement des Rechts auf Nahrung unterstrichen. Demnach verstößen Staaten gegen ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen, wenn sie Investitionen zulassen, bei denen die lokale Bevölkerung Land verliert, das ihre Lebens- und Ernährungsgrundlage darstellt (Golay/Biglino 2013: 1636). Zudem wurden in den vergangenen Jahren im Rahmen der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) freiwillige Leitlinien verabschiedet, die unter anderem lokale Gruppen im Kontext von Investitionen schützen. So geben die 2012 verabschiedeten *Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security (Tenure Guidelines)* vor, Staaten sollten ebenso wie Unternehmen sicherstellen, dass bei Investitionen sowohl die Menschenrechte gewahrt, als auch informelle Nutzungs- und Besitzansprüche respektiert und mögliche Betroffene vorab informiert und konsultiert werden (FAO 2012).⁴ Die *Tenure Guidelines* sind

4 Als weitere freiwillige Selbstverpflichtungen wurden von der FAO u. a. auch die Prinzipien zu verantwortungsvollen Investitionen im Bereich der Landwirtschaft und Ernährungssysteme (2014) sowie die Leitlinien für nachhaltige Kleinfischerei (2015) geschaffen.

zwar freiwillig, enthalten aber auch bestehende verbindliche Verpflichtungen von Staaten wie das Recht auf Nahrung (Seufert 2013: 182). In erster Linie richten sich die Leitlinien an Regierungen als Pflichtenträger, um verantwortungsvolle Bodenpolitik sicherzustellen. Sie können aber auch lokalen Widerstand stärken, da sie klar vorgeben, dass bei Investitionen in Land marginalisierte Gruppen bevorzugt werden sollten und menschenrechtliche Verpflichtungen sowie informelle Landrechte geachtet werden müssen. Damit sie diese Wirkung entfalten können, müssen die *Tenure Guidelines* aber zunächst – u. a. durch zivilgesellschaftliches Engagement – lokalen Gemeinden in ihren Konflikten mit Investoren und Regierungen zugänglich gemacht werden (Beckh et al. 2015: 326; Burnod et al. 2013: 375). Dennoch ist zu befürchten, dass die Leitlinien, ebenso wie andere freiwillige Selbstverpflichtungen, Investitionen kaum sozialer gestalten werden. Denn aufgrund der komplexen Strukturen vieler Unternehmen und ihrer begrenzten öffentlichen Sichtbarkeit können sich viele Investoren leicht ihrer sozialen Verantwortung entziehen (Clapp 2016).

Dementsprechend bestehen im völkerrechtlichen Schutz noch erhebliche Lücken, die sich auch auf Protestmöglichkeiten auswirken. Yorck Diergarten zeigte bei der Tagung in seinem Arbeitspapier die ungleichen Schutzbestimmungen zwischen indigenen und nicht-indigenen Gruppen. Für erstere enthält das Völkerrecht bereits starke Schutzmechanismen, denen zufolge diese Gruppen nicht gegen ihren Willen und ohne Kompensation von ihrem Land vertrieben werden dürfen. Dies basiert auf der besonderen kulturellen und spirituellen Bedeutung von Land für indigene Gruppen. Ein solcher kulturell begründeter Schutz ist jedoch nur sehr schwer auf die Mehrheit der Kleinbauern und -bäuerinnen, Landlose, FischerInnen und andere nicht-indigene Gruppen in der Welt anzuwenden (Schutter 2010: 314–319). Um diese normative Lücke zu schließen, bieten sich drei Lösungen an. Erstens könnten, wie von Mônica Weitzel auf der Tagung erläutert, die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte so ausgelegt werden, dass auch der Landbesitz nicht-indigener Gruppen geschützt wird. Die beschriebene völkerrechtliche Entwicklung, bei dem Recht auf Nahrung auch Landzugang als Einkommensquelle und Ernährungsgrundlage unter Schutz zu stellen, geht bereits in diese Richtung. Zweitens könnten für diese Gruppen auch spezifische Erklärungen und Abkommen mit einem eigenständigen Recht auf Land geschaffen werden. Der UN-Menschenrechtsrat hat 2012 bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die eine solche Erklärung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie anderen LandarbeiterInnen vorbereitet – darin enthalten ist auch ein Recht auf Land (Geneva Academy 2015). Drittens könnte eine zusätzliche Schutzmöglichkeit darin bestehen, Unternehmen stärker in die völkerrechtliche Verpflichtung zu nehmen. Der UN-Menschenrechtsrat hat dafür 2011

erstmals Leitlinien zum Schutz von Menschenrechten bei Investitionen verabschiedet. Zudem wurde 2014 in diesem Gremium von einer Reihe von Ländern aus dem Globalen Süden die Einrichtung einer Arbeitsgruppe durchgesetzt, deren Ziel es ist, ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen zum Schutz der Menschenrechte durch Unternehmen auszuarbeiten (United Nations Human Rights Council 2014). Am Ende dieses Prozesses könnte die Möglichkeit stehen, dass Betroffene bei Menschenrechtsverstößen vor internationalen Gerichten Klagemöglichkeiten gegen Konzerne haben. Dies böte eine substanziale Stärkung des völkerrechtlichen Schutzes Betroffener bei Großinvestitionen. Derzeit stößt die Einführung solcher Gerichtsbarkeit aber auf starken Widerstand – vor allem aus den Industrieländern.

4. Fazit und Ausblick

Zusammenfassend möchten wir zwei zentrale Überlegungen hervorheben. Erstens besteht im Forschungsfeld zu Protest und Widerstand gegen Großinvestitionsvorhaben in Land und natürliche Ressourcen eine erhebliche Lücke in der Theoriebildung der Ursachen und Dynamiken solcher Proteste. Die in Tübingen vorgestellten Beiträge liefern hierzu erste wertvolle Erkenntnisse, weitere theoriegeleitete und vergleichende Studien sind jedoch nötig. Dabei gilt es das komplexe Zusammenspiel der lokalen, nationalen und transnationalen Ebene zu erfassen. Inwieweit externe Unterstützung auf transnationaler Ebene dazu beträgt, lokale Proteste zu ermöglichen, oder ob Transnationalisierung die lokalen Proteste ersetzt, bleibt aber bisher noch offen. Zudem zeigt sich zwar klar, dass fehlende Legitimität und begrenzte Partizipation Proteste wahrscheinlicher machen, aber der Erfolg und das Scheitern von Legitimationsstrategien für Investitionen und für Protestmobilisierung wurden noch kaum betrachtet. In dieser Hinsicht bietet es sich für die zukünftige Forschung an, auf den Framing-Ansatz aus der Forschung zu sozialen Bewegungen zurückzugreifen, mit dem auch Prozesse der Gewalteskalation untersucht werden können (Benford/Snow 2000; Granzow et al. 2015). Framing könnte so helfen, auch die bisher vernachlässigte, aber für die Friedens- und Konfliktforschung wesentliche Frage nach den Ursachen für die gewaltsame Austragung von Konflikten um Großinvestitionen zu behandeln.

Zweitens erscheint es uns unverzichtbar, die Wirkung völkerrechtlicher Normen sowie nationaler Gesetzen in der Entstehung und Artikulation von Protest vertieft zu untersuchen. Völkerrechtliche Übereinkommen wie z. B. die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker können als Bezugspunkte für Protest dienen und damit neue Einflussmöglichkeiten eröffnen. Gleichzeitig sind solche Erklärungen auf jene Gruppen begrenzt, die sich als Rechteinhaber glaubhaft

machen können. Im Gegensatz zu indigenen Gruppen sind vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und andere ländliche Bevölkerungsgruppen bei Investitionen derzeit noch fast ohne völkerrechtlichen Schutz. Neue Abkommen, die diese Lücke im Völkerrecht schließen könnten, befinden sich noch in einer frühen Entstehungsphase. Auch die freiwilligen Selbstverpflichtungen, die in den vergangenen Jahren vereinbart wurden, müssen ihren Nutzen in der Praxis erst noch beweisen. Die starke Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure bei deren Verabschiedung und die daraus resultierende hohe Legitimität der Richtlinien könnten eine Verwendung für Proteste auf lokaler und nationaler Ebene begünstigen. Zugleich ist Skepsis angebracht, ob freiwillige Selbstverpflichtungen anstelle bindender völkerrechtlicher Abkommen ausreichen werden. Aufgrund des starken Zusammenhangs zwischen Recht und Protest, halten wir es für wichtig, dass die Friedens- und Konfliktforschung in diesem Forschungsfeld eng mit den Rechtswissenschaften zusammenarbeitet. So wird ein genaueres Verständnis der Entstehung und des Verlaufs von Protesten gegen Land- und Ressourceninvestitionen möglich.

Literatur

- Alonso-Fradejas, Alberto/Borras, Saturnino M./Holmes, Todd/Holt-Giménez, Eric/Robbins, Martha J.* 2015: Food Sovereignty. Convergence and Contradictions, Conditions and Challenges, in: *Third World Quarterly* 36: 3, 431-448.
- Barbosa, Luiz C.* 2015: Guardians of the Brazilian Amazon Rainforest. Environmental Organizations and Development, London.
- Beckh, Charlotte/Gärtner, Elisa/Windfuhr, Michael/Munro-Faure, Paul/Weigelt, Jes/Müller, Alexander* 2015: Taking Stock after Three Years of Adoption. Experiences and Strategies for Implementation and Monitoring of the UN Voluntary Guidelines on Tenure (VGGT), in: *International Soil and Water Conservation Research* 3: 4, 324-328.
- Benford, Robert D./Snow, David A.* 2000: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment, in: *Annual Review of Sociology* 26: 1, 611-639.
- Bernstorff, Jochen von* 2012: »Land Grabbing« und Menschenrechte. Die FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure, in: http://www.humanrights-business.org/files/landgrabbing_final_1.pdf; 6.4.2016.
- Borras, Saturnino M./Edelman, Marc/Kay, Cristóbal* 2008: Transnational Agrarian Movements. Origins and Politics, Campaigns and Impact, in: *Journal of Agrarian Change* 8: 2-3, 169-204.

- Borras, Saturnino M./Franco, Jennifer* 2013: Global Land Grabbing and Political Reactions »From Below«, in: *Third World Quarterly* 34: 9, 1723-1747.
- Burnod, Perrine/Gingembre, Mathilde/Andrianirina Ratsialonana, Rivo* 2013: Competition over Authority and Access. International Land Deals in Madagascar, in: *Development and Change* 44: 2, 357-379.
- Clapp, Jennifer* 2016: Responsibility to the Rescue? Governing Private Financial Investment in Global Agriculture, in: *Agriculture and Human Values*, 1-13.
- Cotula, Lorenzo/Oya, Carlos/Codjoe, Emmanuel A./Eid, Abdurehman/Kakraba-Ampeh, Mark/Keeley, James/Kidewa, Admasu L./Makwarimba, Melissa/Seide, Wondwosen M./Nasha, William O./Asare, Richard O./Rizzo, Matteo* 2014: Testing Claims about Large Land Deals in Africa. Findings from a Multi-Country Study, in: *The Journal of Development Studies* 50: 7, 903-925.
- Deininger, Klaus/Byerlee, Derek* 2011: Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? Washington, DC.
- Desmarais, Annette A.* 2007: La Vía Campesina. Globalization and the Power of Peasants, Halifax.
- Dietz, Kristina/Engels, Bettina/Pye, Oliver/Brunnengräber, Achim* (Hrsg.) 2015: The Political Ecology of Agrofuels, Abingdon.
- Edwards, Bob/McCarthy, John D.* 2004: Resources and Social Movement Mobilization, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Malden, MA, 116-152.
- Engels, Bettina* 2015: Contentious Politics of Scale. The Global Food Price Crisis and Local Protest in Burkina Faso, in: *Social Movement Studies* 14: 2, 180-194.
- FAO* 2012: Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security, in: <http://www.fao.org/docrep/016/i2801e/i2801e.pdf>; 29.3.2016.
- Geisler, Charles* 2012: New Terra Nullius Narratives and the Gentrification of Africa's »Empty Lands«, in: *Journal of World-Systems Research* 18: 1, 15-29.
- Geneva Academy* 2015: Negotiation of a United Nations Declaration on the Rights of Peasants and Other People Working in Rural Areas, in: Geneva Academy of International Humanitarian Law and Human Rights, Academy In-Brief 5.
- Gilfoy, Kieran* 2015: Land Grabbing and NGO Advocacy in Liberia. A Deconstruction of the »Homogeneous Community«, in: *African Affairs* 114: 455, 185-205.
- Golay, Christophe/Biglino, Irene* 2013: Human Rights Responses to Land Grabbing. A Right to Food Perspective, in: *Third World Quarterly* 34: 9, 1630-1650.

- Gondecki, Philip 2015: »Wir verteidigen unseren Wald«. Vom lokalen Widerstand zum globalen Medienaktivismus der Waorani im Konflikt zwischen Erdölförderung und Umweltschutz im Yasuni im ecuadorianischen Amazonastiefland, Bonn.
- GRAIN 2008: Seized! The 2008 Land Grab for Food and Financial Security, in: <https://www.grain.org/article/entries/93-seized-the-2008-landgrab-for-food-and-financial-security.pdf>; 29.3.2016.
- GRAIN/Martinez-Alier, Joan/Temper, Leah/Munguti, Serah/Matiku, Paul/Ferreira, Hugo/Soares, Wagner/Porto, Marcelo F./Raharinirina, Vahinala/Haas, Willi/Singh, Simron J./Mayer, Andreas 2014: The Many Faces of Land Grabbing. Cases from Africa and Latin America, in: http://www.ejolt.org/wordpress/wp-content/uploads/2014/03/140305_EJOLT10.pdf; 29.3.2016.
- Granzow, Tanja/Hasenclever, Andreas/Sändig, Jan 2015: Introduction. Framing Political Violence – A Micro-Approach to Civil War Studies, in: Civil Wars 17: 2, 113-119.
- Hall, Ruth/Edelman, Marc/Borrás, Saturnino M./Scoones, Ian/White, Ben/Wolford, Wendy 2015: Resistance, Acquiescence or Incorporation? An Introduction to Land Grabbing and Political Reactions »From Below«, in: The Journal of Peasant Studies 42: 3-4, 467-488.
- Hennings, Anne/Prause, Louisa 2015: Umkämpfte Natur, umstrittene Begriffe. Konflikte um großflächigen Landnutzungswandel, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 4: 1, 162-171.
- Ide, Tobias 2015: Why do Conflicts over Scarce Renewable Resources turn violent? A Qualitative Comparative Analysis, in: Global Environmental Change 33: 61-70.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists Beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics, Ithaca, NY.
- McKeon, Nora 2013: »One Does Not Sell the Land Upon Which the People Walk«. Land Grabbing, Transnational Rural Social Movements, and Global Governance, in: Globalizations 10: 1, 105-122.
- Pye, Oliver 2010: The Biofuel Connection. Transnational Activism and the Palm Oil Boom, in: Journal of Peasant Studies 37: 4, 851-874.
- Schutter, Olivier de 2010: The Emerging Human Right to Land, in: International Community Law Review 12: 3, 303-334.
- Schutter, Olivier de 2011: How Not to Think of Land-Grabbing. Three Critiques of Large-Scale Investments in Farmland, in: The Journal of Peasant Studies 38: 2, 249-279.

- Seufert, Philip* 2013: The FAO Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests, in: Globalizations 10: 1, 181-186.
- Tarrow, Sidney G.* 2005: The New Transnational Activism, Cambridge.
- United Nations Human Rights Council* 2014: Resolution 26/9, Elaboration of an International Legally Binding Instrument on Transnational Corporations and Other Business Enterprises With Respect to Human Rights, A/HRC/RES/26/9.
- Vinciguerra, Venusia* 2013: How the Daewoo attempted Land Aquisition contributed to Madagascar's Political Crisis in 2009, in: Evers, Sandra/Campbell, Gwyn/Lambek, Michael (Hrsg.): Contest for Land in Madagascar. Environment, Ancestors and Development, Leiden, 221-246.
- White, Ben/Borras, Saturnino M./Hall, Ruth/Scoones, Ian/Wolford, Wendy* 2012: The New Enclosures. Critical Perspectives on Corporate Land Deals, in: Journal of Peasant Studies 39: 3-4, 619-647.
- World Bank* 2016: World Development Indicators, in: <http://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>; 6.4.2016.

Die AutorInnen

Jan Sändig, Dr. des., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt »Die Bedrohung lokaler Ordnungen durch ›Land Grabbing‹: Globale Zivilgesellschaft und völkerrechtlicher Kontext als Fluch oder Segen?« (2015-2019) am Sonderforschungsbereich »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923) an der Universität Tübingen.

E-Mail: jan.saendig@uni-tuebingen.de

Annette Schramm, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Die Bedrohung lokaler Ordnungen durch ›Land Grabbing‹: Globale Zivilgesellschaft und völkerrechtlicher Kontext als Fluch oder Segen?« (2015-2019) am Sonderforschungsbereich »Bedrohte Ordnungen« (SFB 923) an der Universität Tübingen.

E-Mail: annette.schramm@uni-tuebingen.de